
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

MUSLIMISCHE GEFANGENENSELSORGE

09.09.2015

Anlässlich des Berichtes der Justizministerin zu dem Berichtsantrag der Freien Demokraten zur muslimischen Gefangenenseelsorge in Hessischen Justizvollzugsanstalten erklärte der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Florian RENTSCH: „Die ausweichenden Ausführungen der Ministerin heute entlarven, dass der notwendige Ausbau der muslimischen Seelsorge weiterhin stagniert. In den meisten Justizvollzugsanstalten gibt es nach wie vor entweder gar kein Angebot oder dieses beschränkt sich auf das Freitagsgebet. Vor dem Hintergrund, dass eine seelsorgerische Betreuung nicht nur für die soziale Entwicklung der Gefangenen, sondern auch aktive Prävention gegen islamistische Radikalisierung leisten kann, ist dies mehr als fahrlässig. Damit ist auch klar geworden, weshalb die Information durch die Justizministerin entgegen der Zusage nicht bereits in der letzten Sitzung erfolgt ist, sondern ein Dringlicher Berichtsantrag nötig war, um Informationen für Parlament und Öffentlichkeit zu erhalten.“

„Es ist völlig unstrittig, dass es nicht einfach ist, geeignete deutschsprachige Imame zu finden. Weshalb allerdings die Ministerin dort, wo die Moscheegemeinden nicht bereit oder in der Lage sind, ein Angebot zu machen, einfach die Hände in den Schoß legt, ist nicht nachvollziehbar. Wir erwarten, dass sie die Gespräche mit den Universitäten Frankfurt und Gießen intensiviert, um auf diesem Wege geeignete Islamgelehrte zu finden. Nur mit einer möglichst intensiven Betreuung kann verhindert werden, dass islamistische Rattenfänger mit ihrer pseudoreligiösen Propaganda zu den anfälligen Inhaftierten durchdringen und später ein regelrechtes Radikalisierungsnetzwerk entsteht.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de